



SÜDWEST PRESSE vom 27.05.2021, Seite 6 / SÜDWESTUMSCHAU

Worte, die wie Gift wirken

Der Streit über eine Veranstaltungsreihe in Ulm währt schon länger. Es geht um Referenten, die Israels Regierungspolitik kritisch sehen, den Ulmer Weltladen Verein, Gründungsmitglieder der Grünen und unter anderen die Grüne Jugend. Der Streit ist jetzt ein Thema vor dem Landgericht Ulm.

Es begann mit einem Aufruf: Eine anonyme Gruppe namens Kollektiv 26, die Grüne Jugend Ulm, die Jusos und die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Ulm/Neu-Ulm forderten im März in einem Schreiben an 28 Adressaten, öffentlich Druck aufzubauen, dass die Ulmer Friedenswochen "keine Plattform mehr für die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) gegen Israel und ihr nächstliegende Organisationen/Personen bietet". Die Boykottbewegung fördere und verbreite Antisemitismus. Und die Ulmer Friedenswochen hätten Veranstaltungen mit BDS-Vertreterinnen mehrfach organisiert.

Vier Personen, die in den vergangenen Jahren zu Vorträgen eingeladen waren, nennt das Schreiben "fragwürdig": den Journalisten Andreas Zumach, die in Israel geborene Schauspielerin Nirit Sommerfeld, die Künstlerin Judith Bernstein und den emeritierten evangelischen Bischof Hans-Jürgen Abromeit.

Wurde bei den Ulmer Friedenswochen also Antisemitismus gefördert? Der Verein Ulmer Weltladen, der von Gründungs-Mitgliedern der Grünen gestützt wird, und sein Vorsitzender Lothar Heusohn zeichnen für das Programm verantwortlich. Heusohn hat nur über Umwege von den Behauptungen erfahren. Ihn als verantwortlichen Organisator der Friedenswochen hatten die Briefschreiber nicht kontaktiert.

Heusohn ist empört: "Der Vorwurf des Antisemitismus ist einer der tödlichsten Vorwürfe. Den können wir nicht stehen lassen".

Seit 2016 organisiert der Weltladen im Umfeld des Antikriegstags im September Vorträge und Diskussionen zu politischen Themen und greift so eine Veranstaltungsreihe auf, die in den 70er und 80er Jahren in Ulm stattgefunden hat. Um die deutsch-europäische Flüchtlingspolitik ging es in den vergangenen Jahren, Wasserkonflikte in Tibet, das Pulverfass Nahost und, 2019, um "Die Grenzen des Sagbaren im Israel-Palästina-Konflikt".

Der Journalist Zumach hat einen Vortrag wiederholt, den er 2018 an der Universität München gehalten hat. Seine Ausführungen hat er im Netz veröffentlicht. Antisemitisches findet sich darin nicht. Das musste auch die Süddeutsche Zeitung richtig stellen, die zunächst mit Falschaussagen über den Abend berichtet hatte.

Doch Zumach wird seither angegriffen. In den sozialen Netzen kursieren übelste Anschuldigungen. Sie werden mit jeder öffentlichen Debatte über ihn neu entfacht. "Für mich ist das rufschädigend, berufsschädigend und existenzzerstörend", sagt Zumach, der lange Zeit als Korrespondent bei der Uno in Genf gearbeitet und dadurch immer wieder über den Nahost-Konflikt berichtet hat.

Auch anderen schadet solch ein Vorwurf. Vorträge werden abgesagt, Einladungen zu Auftritten zurückgenommen, öffentliche Aufträge entzogen. Zumach: "Verleumdung ist ein schleichendes Gift." Die Kampagnen gegen Personen wie ihn zielten darauf ab, öffentliche Kritiker israelischer Regierungs- und Siedlungspolitik mundtot zu machen, meint er.

"Es ist eine existenzielle Geschichte, so zur Unperson erklärt zu werden", bekräftigt Heusohn. Er hat die Briefschreiber aufgefordert, Belege für ihre schweren Anschuldigungen vorzulegen oder aber eine Unterlassungserklärung abzugeben. Weil beides nicht erfolgte, ist der Vorgang vor Gericht gelaufen.

Der Richter am Landgericht Ulm schlug zunächst einen Vergleich vor. Den lehnten beide Parteien ab. Er sah eine öffentliche Diskussion über die Folgen israelischer Regierungs- und Siedlungspolitik vor.

Eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte der im Schreiben direkt angesprochenen Personen wollte der Jurist nicht erkennen. Auch der Anwalt der Grünen Jugend, Alexander Hoffmann, unterscheidet. Seine Mandanten hätten nicht behauptet: Ihr seid Antisemiten. Sie hätten aber sehr wohl auf einen Zusammenhang zwischen den genannten Personen und der BDS-Bewegung dargestellt. Wegen dieser Grundhaltung seien die Veranstaltungen geeignet, dass BDS-Unterstützer daran teilnahmen.

Als "absurd" wertet Hoffmann, dass der Vorgang vor Gericht gelaufen ist. Die Beteiligten sollten darüber länger nachdenken, ob es sinnvoll sei, mit Klagen und Verboten auf eine entsprechende Äußerung junger Leute zu reagieren.

Für Vermittlung zu spät

Auch **die** Kreisvorsitzende der Grünen hofft noch auf ein Gespräch. "Wir bedauern, dass aus der Grünen Jugend und den im Brief Genannten vor Gericht Parteien geworden sind", sagt **die** Kreisvorsitzende Manuela Rettig.

Sie habe erst kurz vor der juristischen Auseinandersetzung von der Auseinandersetzung erfahren. Für eine Vermittlung zwischen älteren und jüngeren Grünen-Mitgliedern sei es da schon zu spät gewesen. Zumal Einwirkungsmöglichkeiten auf **die** Grüne Jugend begrenzt sind. **Die** Jugendorganisation sei unabhängig.

Am diesem Donnerstag wird das Urteil gesprochen. Dass es eine Befriedung bringt, ist eher unwahrscheinlich. Umgeht das Gericht **die** Frage, was Antisemitismus ist und ob der Vorwurf ohne Nachweis folgenlos gegenüber Personen erhoben werden darf, werden **die** Beschuldigten wohl nicht akzeptieren.

"Wir werden dann weiterziehen vor das Oberlandesgericht in Stuttgart", betont Zumach. Den Vorwurf des Antisemitismus will er auch weiterhin nicht akzeptieren.

Eine Definition **Die** Bundesregierung macht sich **die** Definition der Internationalen Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zueigen. Danach ist Antisemitismus eine "bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, **die** sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen." Erscheinungsformen können sich auch gegen den Staat Israel richten. Allerdings kann Kritik an Israel, **die** mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. ?eb



*Den Kampf gegen Antisemitismus haben sich viele auf **die** Fahnen geschrieben. Doch was ist Antisemitismus? Und wann wird das Wort zur Waffe? Foto: Christophe Gateau/dpa*

Von Elisabeth Zoll



Bildunterschrift: Den Kampf gegen Antisemitismus haben sich viele auf **die** Fahnen geschrieben. Doch was ist Antisemitismus? Und wann wird das Wort zur Waffe? Foto: Christophe Gateau/dpa

Alle Rechte vorbehalten: (c) Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH